

Kleine Anfrage

Staatwachstum in Liechtenstein

Frage von Stv. Landtagsabgeordneter Hubert Büchel

Antwort von Regierungschef Daniel Risch

Frage vom 03. Mai 2023

Liechtenstein und die Schweiz sind seit vielen Jahrzehnten die liberalen Hochburgen im Herzen Europas. Tiefe steuerliche Belastungen, tiefe Staatsquoten und überschaubarere Regulierung als in anderen Ländern gelten als wichtige Standortfaktoren und Garanten für den Wohlstand. Avenir Suisse publizierte vergangene Woche eine Studie mit dem Titel «Vermessenes Staatwachstum». Dabei kommen die Autoren zum Schluss: «Der staatliche Fussabdruck in der Schweiz ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsen. Die Fiskalquote liegt - einbezüglich der obligatorischen Beiträge an Kranken- und Pensionskassen - bei 40% und somit etwa auf dem Niveau Deutschlands und Österreichs.» 23% des Arbeitskräftepotenzials sei im öffentlichen Sektor beschäftigt. Dieser Stellenbestand ist in den letzten zehn Jahren mit 13% stärker gewachsen als in der Privatwirtschaft mit 8%. Über Subventionen und Privilegien nehme der Staatseinfluss auch in privat organisierten Gesellschaftsbereichen zu. Hierzu meine Fragen:

- * Stellt die Regierung ähnliche Entwicklungen in Liechtenstein fest?
- * Wo liegt Liechtensteins Fiskalquote gemäss den aktuellsten verfügbaren Daten, wenn man die obligatorischen Beiträge an Kranken- und Pensionskassen dazurechnet?
- * Um wie viel ist der Stellenbestand im öffentlichen Sektor in Liechtenstein in den letzten zehn Jahren gewachsen und was sind die Hauptgründe für dieses Wachstum?
- * Die Studienautoren von Avenir Suisse präsentieren einige Handlungsempfehlungen, «um das Staatwachstum im Zaum zu halten». Gibt es auch seitens der Regierung Handlungsempfehlungen, wenn es darum geht, das Staatwachstum zu bremsen?
- * Wo besteht nach Einschätzung der Regierung in diesen Fragen der grösste Handlungsbedarf beziehungsweise wo könnte man da am besten ansetzen?

Antwort vom 05. Mai 2023

zu Frage 1:

Die Regierung sieht in Liechtenstein keine vergleichbare Entwicklung, dies kann auch aus den Antworten zu den folgenden Fragen entnommen werden. Die Fiskalquote ist nach wie vor sehr tief im internationalen Vergleich und das Stellenwachstum im öffentlichen Sektor ist vergleichsweise auf einem nach wie vor tiefen Niveau.

zu Frage 2:

Die Fiskalquote weist die steuerliche Belastung einer Volkswirtschaft aus. Sie gibt den Anteil am Bruttoinlandsprodukt an, welcher der Sektor Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge eintreibt. Die Fiskalquote wird vom Amt für Statistik im Rahmen der Steuerstatistik nach internationalen Vorgaben berechnet. Die Berechnung gemäss diesen Vorgaben sichert die internationale Vergleichbarkeit der Angaben. Dies gesamten Fiskaleinnahmen lagen 2021 bei CHF 1'398 Mio., was einer Fiskalquote von 21.3% entspricht.

Die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung (CHF 132.0 Mio.), die Prämien der Krankentaggeldversicherung (CHF 41.3 Mio.) und die Prämien der 2. Säule der Altersvorsorge (CHF 435.8 Mio.) fliessen gemäss den internationalen Vorgaben nicht in die Berechnung der Fiskalquote ein, weil sie in Liechtenstein nicht Teil des Sektors Staat sind. Diese Prämien belaufen sich auf insgesamt CHF 609.0 Mio.

Zählt man diese obligatorischen Prämien zu den Fiskaleinnahmen dazu, ergeben sich Gesamteinnahmen in Höhe von CHF 2'006.6 Mio. Würden diese bei der Berechnung der Fiskalquote berücksichtigt werden, würde dies eine Quote von 30.6% ergeben. Da jedoch nicht ausgeschlossen werden kann, dass in anderen Ländern ähnliche Anpassungen gemacht werden müssten, ist eine so berechnete Quote nicht mit der Fiskalquote in anderen Ländern vergleichbar.

zu Frage 3:

Wenn man das Personal der Gemeinden, der Schulen und der Landesverwaltung unter dem Begriff «öffentlicher Sektor» zusammenfasst, ist die Anzahl Arbeitsplätze von 2'969 (2012) auf 3'286 (2021) in knapp 10 Jahren um 317 und damit um rund 10% gestiegen. Rechnet man die Arbeitsplätze der öffentlichen Unternehmen mit ein, so hat sich der Gesamtbestand von 5'171 auf 5'780 Arbeitsplätze und somit prozentual um knapp 12 % erhöht. Insgesamt stieg die Gesamtzahl von Arbeitsplätzen in Liechtenstein im selben Zeitraum von 36'836 (2012) auf 43'235 (2021) um 6'399, also um 17%. Somit waren 2021 rund 7.5 % bzw. 13 % aller Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor.

zu Frage 4 + 5:

Auf die in der Einleitung ausgeführten Problemstellungen hat die Regierung bereits im Jahr 2014 mit der Initiierung der so genannten Leistungsanalyse reagiert. Die Leistungsanalyse wurde im Zeitraum von 2014 bis 2016 in der Landesverwaltung durchgeführt und hat folgende Zielsetzung verfolgt: a) Schaffen von Transparenz über die staatlichen Leistungen, b) Aufzeigen von Potenzial zum Leistungsverzicht, zur Anpassung des Leistungsniveaus, zur Optimierung der Prozesse und zum Bürokratieabbau sowie c) laufende Umsetzung der identifizierten Potenziale in Teilprojekten. Die Ergebnisse wurden dem Landtag mit Bericht und Antrag Nr. 123/2016 zur Kenntnis gebracht.

Mittels Regierungsbeschluss wurde anschliessend die Leistungsanalyse in der Landesverwaltung in formeller und organisatorischer Hinsicht verankert und als Analyse- und Kontrollinstrument der Regierung in Art. 7 der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) aufgenommen.

Um das Monitoring der staatlichen Leistungen in der Landesverwaltung aktuell zu halten,

hat die Regierung beschlossen, die Leistungsanalyse periodisch zu erneuern. Hierfür wurde das «LLV-Leistungstool» entwickelt. Dabei handelt es sich um eine Web-Anwendung, die speziell für die Aktualisierung und Auswertung der Leistungsanalyse entwickelt wurde und erstmals für die Aktualisierung im Jahr 2023 zum Einsatz kommt. Derzeit prüfen die Amtsstellen ihre Kernaufgaben und ordnen ihre personellen Ressourcen gemäss Stellenplan den Kernaufgaben zu.

Wie im zitierten Bericht von Avenir Suisse angeregt, wurden bereits im Rahmen der Leistungsanalyse im Kapitel 9. "Grundsatzdiskussion staatliche Leistungen" (BuA Nr. 123/2016) Potentiale und Handlungsfelder ausgeführt und diskutiert. Beispielhaft wurden dort Möglichkeiten diskutiert wie der Einsatz eines risikobasierten Ansatzes beim Gesetzesvollzug, die laufende Überprüfung der Effizienz und Effektivität von Subventionen und Diskussionen zum Leistungsumfang und Leistungsniveau der Verwaltung.

Momentan wird die Leistungsanalyse aktualisiert und kann als Basis für weitere Diskussionen, wie eine moderne Verwaltung aufgestellt sein muss, um den wachsenden Herausforderungen zu begegnen, denen wir als Kleinstaat gegenüberstehen, genutzt werden.